



## Das Spiel

### DIE REGELN DER TROIKA

Immobilien im Wert von Milliarden werden verschleudert, Wasserwerke gegen den Willen der Bevölkerung an Konzerne vergeben, Banken gehen zum Billigpreis an dubiose Käufer – in den Krisenländern Europas steht das öffentliche Eigentum zum Verkauf. Oligarchen und Finanzinvestoren spielen ein gigantisches Monopoly. Die Gläubiger haben die Regeln zugunsten der Zocker geändert: Im **EUROPOLY** stehen die Verlierer von Beginn an fest. Eine Anleitung in drei Kapiteln. Das erste stellt Banker, Spieler, Regeln vor.

VON ELISA SIMANTKE

Fotos: Elisa Simantke (1), Stefanie Jost (3)



### 1. DIE BANK

## Wer ist eigentlich die Troika?

Im Europoly, in dem um Staatsbesitz geockt wird wie im Monopoly um Straßen, übernimmt die sogenannte Troika die Rolle der Bank. Zu Spielbeginn gibt die Bank Geld an die EU-Krisenstaaten aus. Sie hat die Iren mit Krediten in Höhe von 68 Milliarden, die Griechen mit 270 Milliarden, die Portugiesen mit 78 Milliarden Euro und schließlich die Zyprioten mit zehn Milliarden Euro finanziert, als die sich infolge der Euro-Krise an den Finanzmärkten kein Geld mehr leihen konnten. Die Funktionäre der Troika - vom Internationalen Währungsfonds (IWF), der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Kommission - überwachen dann, ob die Länder unter dem Rettungsschirm ihre Vorgaben auch einhalten.

Albert Jäger ist ein freundlicher Mann. Er hat ein schmales Gesicht, trägt Brille, spricht leise und bedächtig und tritt damit so unauffällig bescheiden auf, wie man sich den idealen Beamten vorstellt. Kaum jemand in Portugal kennt sein Gesicht, aber er hat Macht. Jäger ist der Vertreter des Internationalen Währungsfonds in Portugal und hat in den vergangenen Jahren gemeinsam mit seinen Kollegen den Daumen für Kreditzahlungen an Portugal gehoben oder gesenkt. Er hat darüber mitentschieden, wie viel Geld den Pensionären gestrichen wird, wie stark der Kündigungsschutz gelockert wird und an wen Staatskonzerne verkauft werden. Jäger arbeitet für die Troika, ein Gremium, das in keinem EU-Vertrag vorgesehen war und trotzdem die Politik der Krisenländer bestimmt.

Alle paar Monate notieren die Beamten von Währungsfonds und Kommission in „Fortschrittsberichten“, was aus ihrer Sicht gut läuft und wo sich das „Programmland“ (Troika-Sprech) noch mehr anstrengen sollte. Die meisten Kontrolleure kommen dafür nur wenige Tage angefliegen, die Teams bestehen aus bis zu 40 Leuten. Zu den wichtigsten

Köpfen gehörten in den vergangenen Jahren seitens der Kommission der Währungskommissar Olli Rehn und sein Verhandlungsführer Matthias Mors, die EZB schickt meist den Banker Klaus Masuch, der wichtigste Mann in den Verhandlungen beim IWF ist der Däne Poul Thomsson. Sie alle sind nicht auffälliger als der stille Albert Jäger und treten auch nicht besonders gern in der Öffentlichkeit auf. Die Troika hat kein richtiges Gesicht.

Für Südeuropa ist die Troika die Verkörperung der Krise, in Griechenland können die Beamten nur noch mit massivem Personenschutz arbeiten. Aber auch in Brüssel selbst ist man nicht unbedingt stolz auf das Gremium. Im Gegenteil. Das EU-Parlament kam in einem Untersuchungsbereich zu dem Ergebnis: Die Troika und ihre Beamten sind nicht ausreichend demokratisch legitimiert. Der neue EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker - der als ehemaliger Chef der Eurogruppe das Gremium immerhin mitgegründet hat - hat schon angekündigt, die Troika neu strukturieren zu wollen. Sie soll anders auftreten. Transparenter arbeiten. Vielleicht soll auch der IWF ausscheiden und das Ganze ein rein europäisches Projekt werden.

Doch an der inhaltlichen Agenda der Troika wird sich wohl auch in Zukunft wenig ändern. Die Privatisierungen sind ein fester Teil der Programme. Die Europoly-Bank gibt das Geld zu Beginn nicht einfach so aus, sie verleiht es nur und legt gleich noch die Spielregeln fest. Verschiedene Spieler müssen sich unterschiedlich viel Geld leihen. Andere bringen es bündelweise selbst mit.

Bei der inhaltlichen Agenda der Troika wird sich wohl auch in Zukunft wenig ändern. Die Privatisierungen sind ein fester Teil der Programme. Die Europoly-Bank gibt das Geld zu Beginn nicht einfach so aus, sie verleiht es nur und legt gleich noch die Spielregeln fest. Verschiedene Spieler müssen sich unterschiedlich viel Geld leihen. Andere bringen es bündelweise selbst mit.

Auf Staatenseite gibt es im Europoly vier Spieler. Die Länder, in denen die Troika schon im Einsatz war, sind Irland, Portugal, Griechenland und Zypern. Sie starten ins Spiel mit unterschiedlich hohen Schulden. Wer das meiste Geld leiht, muss auch das meiste verkaufen. Auch Investoren aus dem In- und Ausland spielen mit um Unternehmen und Grundstücke.

Die größten Probleme hat der griechische Spieler. Griechenland hat seit Mai 2010 insgesamt rund 270 Milliarden Euro an Krediten von der Troika bekommen. Das Land kürzt die Renten, erhöht die Steuern, streicht die Arbeitslosenunterstützung. Die Wirtschaft bricht ein. Aber auch das geliehene Geld gibt es nicht umsonst. Als Gegenleistung verspricht Griechenland unter anderem, 50 Milliarden Euro durch Privatisierungen bis zum geplanten Ende des Programms 2016 einzunehmen. Sie sollen direkt in die Schuldentilgung fließen. Der erhoffte 50-Milliarden-Erlös allerdings ist von Beginn an stark überzogen. Das „größte Privatisierungsprogramm Europas“ entstand wohl nur durch eine Lücke in den Kalkulationen, die irgendwie gefüllt werden musste. Inzwischen werden nur noch elf Milliarden bis 2016 angepeilt, wahrscheinlich wird auch das nicht klappen. Unter den Folgen der falschen Schätzung leiden die Bürger, die noch mehr sparen müssen als ohnehin schon.

Portugal folgt ein Jahr später im Mai 2011 und rettet seine Banken mit Hilfe von 78 Milliarden Hilfeeuros. Das Land verspricht, mit Privatisierungen rund 5,5 Milliarden Euro einzunehmen und damit Schulden zu tilgen. Portugal entwickelt sich über die Jahre zum Lieblingsspieler der Troika: Die portugiesische Regierung übertrifft das gesetzte Ziel deutlich. Sie nimmt bis zum Ende des Troika-Programms im Sommer 2014 rund neun Milliarden ein, verkauft Staatskonzerne an China und eine ganze



### 2. Die Spieler

## Welcher Staat verkauft was?

Bank zu Niedrigpreisen nach Angola. Portugal verlässt den Rettungsschirm offiziell im Mai 2014. Die Verpflichtungen muss es weiter bedienen.

Bei den Spielern Irland und Zypern ist die Situation etwas anders: Irland geriet 2010 in die Krise und hat als erstes Land das Programm wieder verlassen. Es bekam Hilfskredite in Höhe von 68 Milliarden und versprach, drei Milliarden durch Privatisierungen zu erlösen. Der einzig größere Versuch, das Energieunternehmen Bord Gáis Energy zu verkaufen, schlug allerdings fehl. Weil die Wirtschaft sich gut entwickelt, versucht Irland, die Schulden anders abzubauen.

Zypern ist das neueste Land im Troika-Programm. Für die kleine Insel beginnt das Spiel erst. Sie hat zehn Milliarden bekommen und sich verpflichtet, Privatisierungserlöse in Höhe von 1,4 Milliarden Euro aufzubringen. Nach Objekten wird noch gesucht, wahrscheinlich trifft es die Inselhäfen.

Ohne Schulden und mit viel eigenem Kapital starten dagegen die Spieler „nationale oder internationale Investoren“ ins Europoly. Diese Spieler arbeiten gern zusammen. Ein lokaler Oligarch (meist Bankendynastie oder Öl-Milliarden) schließt sich mit ausländischen Investoren zusammen. Besonders aktiv sind hier Chinesen. Der größte private chinesische Finanzier Fosun kauft gleich in Portugal und in Griechenland ein, und auch der Staat China als solcher spielt mit: In Portugal kaufen Staatskonzerne den Energiesektor auf. Eine angolanische Despotentochter fädelt mit einem portugiesischen Milliardär einen Bankendeal ein. Auch deutsche Firmen mischen mit. Es geht um viel Geld, deshalb wird bei den Deals auch kräftig geschummelt: Eine beratende Bank wird des Geheimnisverrats beschuldigt, der Chef der griechischen Treuhänder fliegt mit dem Privatjet eines Käufers in die Ferien. Doch zunächst die Regeln.



### 3. Die Spielregeln

## Was steht in den Troika-Verträgen?

Spielregeln lesen macht keinen Spaß. Sie selbst festzulegen dagegen schon. Privatisierungen sind ein fixer Teil der Euro-Stabilisierungsprogramme, die Troika schreibt sie in jeden Vertrag. Die EU-Kommission erklärt, sie sei davon überzeugt, „dass Privatisierungen dazu dienen, die Wirtschaft effizienter zu machen und Schulden abzubauen“. Schuldenstaaten müssten internationale Investoren ins Land holen, um die eigene Wirtschaft zu stärken. Die Investoren stecken dann Geld in die Unternehmen, so die Idee, und schaffen neue Arbeitsplätze. Für das Spiel bedeutet das, der Staat verkauft seinen Besitz höchstbietend an möglichst viele Interessenten. Dafür sollte er so viel Geld bekommen, dass es nicht schlimm ist, dass er zukünftig zahlen muss, wenn er das Feld wieder betritt. Im Europoly hat das bisher aber nicht besonders gut geklappt.

Die nationalen Regierungen glauben wie die Troika: Privatisierungen verbessern Management und Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Sie finden ohnehin nicht, dass die Staaten bisher beson-

ders viel aus ihrem Besitz gemacht haben. Gikas Hardouvelis beispielsweise, ehemaliger Privat-Banker und seit Juni Finanzminister von Griechenland, sagt: „Der Staat ist ein schlechter Manager.“ Es gebe zudem schlicht keine Alternativen zu den Privatisierungen, man brauche das Geld, um die Schulden zu bezahlen.

Im Europoly handeln die Spieler die Spielregeln mit der Troika aus. Sie schließt im Namen der anderen Euro-Staaten einen Vertrag mit dem jeweiligen Krisenland, das sogenannte „Memorandum of Understanding“. Darin wird festgehalten, mit welchen Reformen und Einschnitten das „Programmland“ wieder auf den rechten Pfad zurückgeführt werden soll. In weiteren Verträgen und „Updates“ werden dann genauere Zahlen genannt und das Privatisierungsprogramm festgezurrt.

Beim Spieler Griechenland klingt die Verpflichtung so: „Die Regierung ist bereit, alle übrigen Anteile an staatseigenen Konzernen zu verkaufen, wenn dies nötig ist, um die Privatisierungsziele zu erreichen. Öffentliche Kontrolle wird auf Bereiche der kritischen Infrastruktur be-

schränkt.“ Ähnliches findet sich auch in den Verträgen mit den anderen Ländern. Was verstehen die Regierungen und die Troika unter kritischer öffentlicher Infrastruktur? Das bleibt auch auf Nachfrage unbeantwortet. Flughäfen, Wasserversorgung, Strom, Häfen und der Schienenverkehr gehören wohl nicht dazu, sie alle sind auf dem Markt.

Der Verkauf selbst soll dann in den Händen der jeweiligen Regierung liegen. Obwohl das im Fall Griechenlands so nicht stimmt. Hier haben die Regelschreiber dem „schlechten Manager“ auch nicht zugetraut, ein guter Verkäufer zu sein. Die griechische Regierung hat alle ihre Anteile an einen extra geschaffenen Treuhandfonds, den Hellenic Republic Asset Development Fund (HRADF), übertragen. Sie besetzt zwar die Führungsspitze des Fonds, hat aber auf die Entscheidun-

gen keinen Einfluss. Das Parlament ist sowieso außen vor. Der Verzicht auf Mitsprache gilt auch für sensible Bereiche wie zum Beispiel die Wasserversorgung. Und mit den „special rights“, auf die der Staat verzichtet, fallen nach der Lesart griechischer Rechtsexperten auch Verfassungsregeln, wie das Verbot, die Küste zu veräußern. Für Griechen ein Tabubruch.

Beim Spieler Portugal bleibt mehr Entscheidungsmacht in den Händen der Regierung. Sie beschließt mit der Troika eine Liste von Unternehmen, die privatisiert werden sollen. Das Land hat bereits seit kurz nach dem Ende der Nelkenrevolution 1974, bei der fast alle großen Betriebe verstaatlicht wurden, ein eigenes Re-Privatisierungsprogramm. Bis die Troika kam, war aber nicht jede Entscheidung im Parlament durchsetzbar. Das ändert sich mit den Geldgebern. Gemeinsam schreiben die portugiesische Regierung und die Troika auch absurde Details in die Verträge, die später einige kritikwürdige Geschäfte erst möglich machen - wie zum Beispiel den BPN-Bankenskandal (siehe nächste Seite).

Im Monopoly ist die Bank neutral und auch im Europoly bestehen die Troika-Beamten darauf, sie üben keinen Druck auf die Krisenstaaten aus, besonders heftig oder schnell zu privatisieren. Doch wenn Thomas Wieser, der Chef der Euro Working Group - das Gremium, das die Beschlüsse der Euro-Finanzminister vorbereitet - über die Verhandlungen spricht, klingt das so: „Die Troika und die EU haben zu keinem Zeitpunkt gesagt, das und das muss bis dahin verkauft sein.“ Aber wenn die griechische Regierung zwei Milliarden versprache und dann nur 500 Millionen erlöse, dann müsse das an anderer Stelle eingespart werden. „Und das ist auch schwierig - natürlich erzeugt das Druck auf das Empfängerland“, sagt Wieser. Zusage ist Zusage. Die Frage nach dem besten Zeitpunkt für den Verkauf ist dabei zweitrangig. Im Vertrag der Griechen steht: Sollte die Regierung die geplanten Privatisierungserlöse nicht erreichen, muss sie mindestens die Hälfte der Summe durch andere Maßnahmen aufbringen. Das heißt: noch mehr sparen. Aber genug der Regeln, jetzt die Praxis!





# Die Spielverderber

## Zurück auf Los

Europoly bringt einigen Spielern großen Reichtum, andere treibt es in den Bankrott. Spielverderber fordern deshalb fairere Regeln. Sie fragen die Troika: Warum werden die Krisenstaaten so unter Zeitdruck gesetzt? Warum wurde in Griechenland mit den Verkäufen nicht gewartet, bis der Markt sich erholt? Wieso wird alles getan, damit die Geschäfte zum Schnäppchen für Investoren werden? Das dritte Kapitel lässt auch diejenigen zu Wort kommen, die nicht mehr länger mitspielen wollen.

# Wer versucht, die Spielregeln zu ändern?

Politiker und Ökonomen kritisieren die Privatisierungspolitik der Troika in den EU-Krisenländern

Es gibt im Europoly Spieler, die am liebsten mit dem Ärmel übers Spielfeld wischen und die Regeln neu schreiben wollen. Doch die Troika-Beamten gehören bisher nicht zu ihnen. Sie wollen mit den Problemen, die es bei den Privatisierungen gibt, nichts zu tun haben. Für Fehlentscheidungen seien sie nicht verantwortlich zu machen. „Wir wollen uns nicht als Kontrollmacht aufspielen“, rechtfertigt sich beispielsweise Thomas Wieser, der Euro-Arbeitsgruppenchef. „Ja, vielleicht müsste man in dem einen oder anderen Bereich stärker kontrollieren, wer kann das schon sagen. Doch wenn sich eben nur ein Bieter meldet, was soll man da groß machen?“ Wichtig sei vor allem, dass die Ausschreibungsregeln eingehalten würden.

### Die Troika weist alle Verantwortung für Fehler bei den Deals von sich

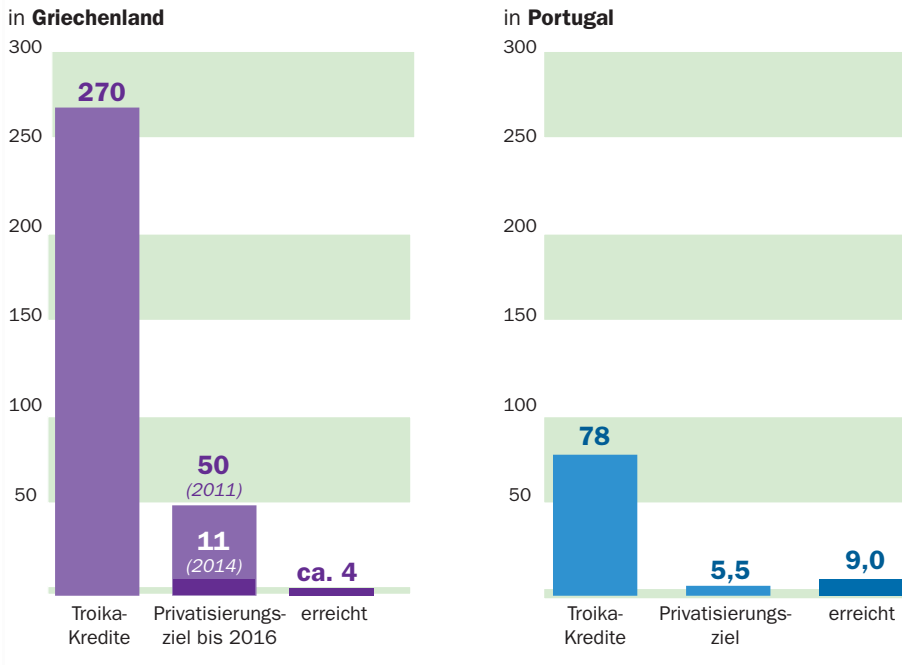
Die nationalen Regierungen wollen sich Auseinandersetzungen mit der ausländischen Presse erst gar nicht stellen. Die portugiesische Finanzministerin hat keine Zeit, Fragen zu beantworten, nicht mal schriftlich, genauso wenig ihr Stellvertreter. In Griechenland gibt der Treuhänder Konstantinos Maniopoulos dem Tagesspiegel nach vielem Hin und Her zwar zunächst ein fast zweistündiges Interview. Er darf es dann aber nicht mehr freigeben. Der neue griechische Finanzminister hat ihn übertra-

schend gefeuert. Im nicht freigegebenen Interview rechtfertigte Maniopoulos überstürzte Verkäufe unter anderem damit, dass Abwarten mehr koste als schnelle Verkäufe.

Andere ehemalige Treuhänder sind kritischer. Costas Mitropoulos, Ex-Treuhändergeschäftsführer, gab gegenüber dem Tagesspiegel offen zu: „Die Krise war der schlechtestmögliche Zeitpunkt, zu privatisieren.“ Und weiter: „Aber die Troika hat zu Beginn nicht wirklich verstanden, dass es nicht um den niedrigsten Preis ging. Der Markt war einfach zu keinem Preis bereit, zu kaufen.“ Das klare Mandat des Treuhänderfonds ist es, so schnell wie möglich zu verkaufen. Mitropoulos ist heute der Ansicht, dass man dieses Mandat ändern müsste, um erfolgreicher zu wirtschaften: „Es ginge dann nicht darum, die Anteile gleich zu privatisieren, sondern sie zu verwalten, sie neu zu strukturieren und sie erst am Ende zu verkaufen.“ Manche Objekte könnte man zum Beispiel auch erst mal vermieten. „Der Fonds wäre dann verpflichtet, jedes Jahr eine bestimmte Summe an den Staat aus diesen Einnahmen zu zahlen.“ Doch vermieten ist bisher im Mandat des Fonds nicht vorgesehen, er ist ähnlich wie die deutsche Treuhänder nach der Wende ein reiner Abwicklungsfonds.

Es gibt auch Politiker, die das Spiel gerne noch einmal neu und anders beginnen würden. Auf der nationalen Ebene sind sie meist links und rechts der Mitte zu verorten, da sowohl in Griechenland als auch in Portugal die großen Fraktio-

Privatisierungskredite und Erlöse, Angaben in Milliarden Euro



Quelle: Der Tagesspiegel

Tsp/Schilli

nen die Programme mittragen. Auch deshalb erwarten nicht wenige einen Linkswahl, wenn es im kommenden Frühjahr zu vorgezogenen Neuwahlen in Griechenland kommen könnte.

Eine, die über den „Ausverkauf“ in Griechenland schimpft, ist die Abgeordnete der griechischen Linkspartei Syriza, Zoe Konstantinopulo. „Es ist beschämend für Griechenland, dass wir all das zu so niedrigen Preisen verschleudern“, sagt sie. Sie könne nicht

nachvollziehen, warum die Troika und die Regierung Deals wie Hellenikon unterzeichnen, die dem Steuerzahler schaden. Konstantinopulo hat deshalb ihre eigene Erklärung dafür gefunden: „Der eigentliche Grund für die Privatisierungen ist die Befriedigung von speziellen Wirtschaftsinteressen und nicht die des öffentlichen Interesses.“ Wie beim Monopoly müssen laut Konstantinopulo auch im Europoly andere die Zeche zahlen.

Einer, der den Protest bis auf die EU-Ebene tragen wollte, ist Kriton Arsenis. Der 37-Jährige sitzt im Frühsommer kurz vor den Europawahlen an einem der kleinen Tische des Akropolismuseums in Athen. Arsenis hat wenig Zeit. Er kämpft um ein erneutes Ticket für das EU-Parlament, in dem er die vergangenen vier Jahre saß. Das wird ihm in Griechenland nicht leicht gemacht, denn aus Protest gegen die geplante Privatisierung des Wasserwerks in seiner Heimatstadt Thessaloniki ist er aus der PASOK-Fraktion – der Partei von Regierungsvize Evangelos Venizelos – ausgetreten. Arsenis macht es wütend, dass für die Privatisierungen massiv Umweltvorgaben ignoriert werden. Der Strand dürfte bebaut werden, auch andere Gesetze zählen nicht mehr. „Andere Politiker und auch Journalisten greifen mich jetzt im Fernsehen stark an, ich würde die Wirtschaft behindern“, erzählt er. Der Spielverderber Arsenis wird im Mai nicht ins Parlament gewählt.

### Politiker, die sich auflehnen, werden öffentlich abgestraft

In Portugal haben sich Ökonomen zusammengeschlossen, die andere Spielregeln fordern. José de Caldas vom „Observatorio da crise“ der Universität Coimbra hat mit seinen Kollegen extra ein Büro in Lissabon eröffnet. Um in sein Büro zu kommen, muss de Caldas an einem Fitnessstudio vorbei. Über den schwitzenden Körpern auf dem Laufband hängt ein Fernseher, der eine Talkshow mit Portugal's berühmtestem Armutsforscher Joao Ferreira do Amaral überträgt. De Caldas muss kichern. Auch er war erst vor wenigen Tagen wieder in eine Talkshow eingeladen. „Sie lassen uns reden“, sagt der Ökonomeprofessor über die Regierungspolitiker, „aber sie hören uns nicht wirklich zu.“ Sein Team und er versuchen wissenschaftlich zu dokumentieren und zu untersuchen, wie die Krise das Land verändert.

„Was bringt eine Schuldenerleichterung um ein paar wenige Prozent?“, fragt de Caldas. Er kritisiert damit, dass die Verkaufserlöse im Europoly direkt in die Schuldentilgung fließen. Die Summe mache nur einen winzigen Teil der Schulden aus, die aus anderen Gründen weiter anstiegen. Die ausbleibenden Einnahmen aus den profitablen Staatsunternehmen dagegen rissen im Haushalt der kommenden Jahre gewaltige Lücken. Denn so ist das Spiel: Der Staat verkauft und mietet zurück. Das kostet Geld.

Spielverderber und Ökonomen wie de Caldas bekommen auch prominente Zustimmung aus dem Ausland: „Privatisierung ist nicht per se schlecht“, sagte Wirtschaftsnobelpreisträger und Volkswirtschaftsprofessor in Princeton, Paul Krugman, dem Tagesspiegel. „Doch hier gab es eine Menge Ausverkäufe, die wirklich unnötig waren. Die Gewinne wurden privatisiert und die Risiken sozialisiert. Damit wurden auch die Verluste sozialisiert.“ Einen Grund für die Unbeirrbarkeit in der Krisenpolitik in Europa sieht er im Einfluss der Banken – ebenso wie in den USA. „Banker sind sehr eindrucksvolle Leute, offensichtlich erfolgreich und schlau. Und

sie sagen, Unternehmen sollten privatisiert und Banken gerettet werden“, sagt Krugman. „Es ist sehr schwierig, dagegen anzugehen, wenn man ein Arbeiterführer oder ein akademischer Ökonom in einem schlecht sitzenden Anzug ist.“

Tatsächlich sind die Schulden der „Programmländer“ weiterhin erstreckend hoch. Portugal hat nach dem Ende des Troika-Einsatzes Schulden von 129 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, 2011 waren es noch 108 Prozent. In Griechenland sind es 2014 knapp 175 Prozent des BIP, zu Beginn des Programms waren es 148 Prozent.

Die nächste Chance, in Griechenland etwas am jetzigen System zu ändern, wäre wohl zum offiziellen Auslaufen des Troika-Programms 2016. Bisher sieht aber wenig danach aus.

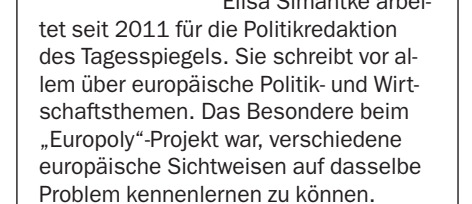
In Portugal ist die Troika-Mission schon seit Frühjahr 2014 offiziell beendet. Die Regierung bezeichnet die Privatisierungen in einem Strategiepapier als einen „erfolgreichsten Aspekt“ des gesamten Stabilisierungsprogramms. Bisher noch nicht beachtete Privatisierungen wollte man fortsetzen.

In Zypern, wo das Spiel erst begonnen hat, hat die Troika vor kurzem gezeigt, dass sie über die Spielregeln nicht verhandeln will: Ein Gesetz, das die kommenden Privatisierungen rechtlich vorbereiten sollte, fiel im Parlament durch. Daraufhin drohte die Troika, die nächste Kredittranche nicht zu zahlen. Die Abgeordneten mussten noch einmal abstimmen. Im zweiten Anlauf wurde das Gesetz genehmigt. Wer sich falsch verhält, muss eben noch mal würfeln.

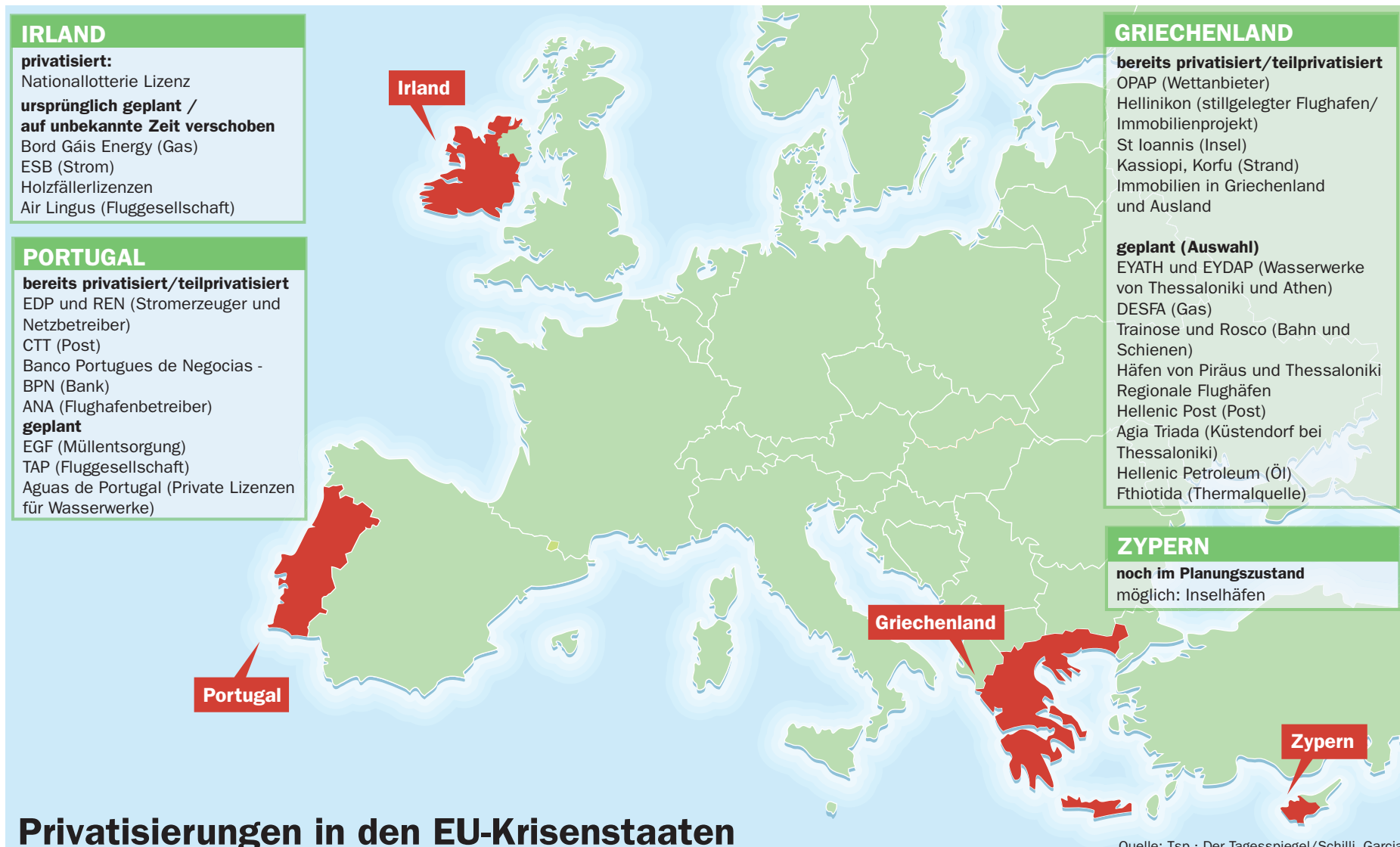
### DIE AUTORIN

## Europoly-Recherche

Elisa Simantke wurde bei der Recherche zu „Europoly-Privatisierung unter der Troika“ durch ein **Investigativ-Stipendium der Rudolf Augstein Stiftung** unterstützt. Die Autorin recherchierte mehrere Wochen in Portugal und Griechenland vor Ort. Dabei wurde sie von den journalistischen Kollegen Paulo Pena (Publico) in Portugal, Nikolas Leontopoulos (The Press Project) in Griechenland und Harald Schumann (Der Tagesspiegel) in Berlin unterstützt. Aus den EU-weiten Recherchen entstand ein vierseitiges Printdossier und ein Multimediale Projekt mit interaktiven Grafiken und Videos im Netz. Elisa Simantke arbeitet seit 2011 für die Politikredaktion des Tagesspiegels. Sie schreibt vor allem über europäische Politik- und Wirtschaftsthemen. Das Besondere beim „Europoly“-Projekt war, verschiedene europäische Sichtweisen auf dasselbe Problem kennenlernen zu können.



Das **Multimedia-Dossier** mit zusätzlichen Videos und interaktiven Grafiken finden Sie unter [europoly.tagesspiegel.de](http://europoly.tagesspiegel.de)



Privatisierungen in den EU-Krisenstaaten

Quelle: Tsp - Der Tagesspiegel/Schilli, Garcia